

Aspartam unter Beschuss: Interessenverbände fordern EU-Verbot

Stephanie Lavaud | Veröffentlicht 07.03.2025

Yuka, die französische Krebsliga und Foodwatch haben Bedenken gegen das Vorkommen von Aspartam in vielen häufig konsumierten Lebensmitteln geäußert. Die drei Organisationen sind bekannt für ihre aktive Rolle in der Gesundheitspolitik, in der Verbraucherbildung und im Kampf gegen Schadstoffe in Lebensmitteln und in der Umwelt, insbesondere in Europa.

Sie fordern die Öffentlichkeit nun auf, eine Petition zu unterzeichnen, die ein Verbot des umstrittenen Süßstoffs in Lebensmitteln und Getränken in der gesamten Europäischen Union (EU) verlangt.

Wie **Camille Dorioz**, Kampagnenleiterin bei Foodwatch, betonte: „Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ein Zusatzstoff mit so vielen potenziellen Risiken hat in unseren Lebensmitteln oder Getränken nichts zu suchen.“

Aspartam: Verdacht auf karzinogene Wirkung

Aspartam wird häufig in kalorienarmen und zuckerfreien Produkten verwendet, steht aber schon seit etwa drei Jahrzehnten auf dem Prüfstand. In Studien wurden Bedenken hinsichtlich möglicher Schäden bei Tier und Mensch geäußert.

„Aspartam wird mit einem erhöhten Risiko für Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Verbindung gebracht und kann entgegen anders lautender Behauptungen zu einer langfristigen Gewichtszunahme beitragen“, bemerkten die oben genannten Organisationen in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Obwohl die Rolle des Süßstoffs bei Krebserkrankungen in keiner Studie schlüssig nachgewiesen werden konnte, veranlasste der entsprechende Verdacht die Internationale Agentur für Krebsforschung, eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), im Juli 2023 dazu, Aspartam als „möglicherweise krebserregend“ einzustufen.

Der Gemeinsame Sachverständigenausschuss für Lebensmittelzusatzstoffe der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und der WHO bekräftigte 2023 hingegen seine Auffassung erneut, wonach die erlaubte Tagesdosis (bis zu 40 mg/kg Körpergewicht) unbedenklich sei – dies entspricht der Menge von Aspartam, die in etwa 9 bis 14 Light-Getränken enthalten ist.

Kritik

Entgegen der offiziellen Haltung argumentiert Philippe Bergerot, Präsident der französischen Krebsliga, dass es „keinen Grund gibt, die Menschen einem gänzlich vermeidbaren Krebsrisiko auszusetzen“.

Aspartam kommt noch immer in mehr als 2500 Lebensmittel- und Getränkeprodukten in ganz Europa vor. Besonders beliebt sind dabei „Zero“-Limonaden (z. B. Coca-Cola Zero, Pepsi Max, Sprite Zero), die 2023 in Westeuropa 94 % des Aspartamverbrauchs ausmachten. Aspartam findet sich gemäß der Pressemitteilung aber auch in Produkten wie Joghurts der Marke Yoplait Zero, in Milchprodukten der Nestlé-Marke Lindahls, in Powerade-Sportgetränken und Mentos-Kaugummi.

Die Petition wurde in mehreren europäischen Ländern lanciert (Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Großbritannien, Schweiz und Österreich). Die Organisationen fordern die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, die sich auf das Vorsorgeprinzip der europäischen Verordnung stützen. Dieses schreibt vor, dass Produkte, die als potenziell gesundheitsschädlich erachtet werden, aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

Nicht nur Aspartam im Visier

Zusätzlich zu ihrer Befürwortung eines Verbots von Aspartam setzen sich die erwähnten Organisationen auch für eine drastische Einschränkung der Lebensmittelzusätze ein, die in Produkten, die in Europa auf den Markt gelangen, verwendet werden dürfen – dies gilt insbesondere für hochverarbeitete Lebensmittel.

Sie betonen nicht nur die individuellen Risiken dieser künstlichen Zutaten, sondern auch die bisher nicht beurteilten Risiken eines „Cocktaileffekts“ – also die kombinierten Auswirkungen und Wechselwirkungen mehrerer Zusatzstoffe in unseren Lebensmitteln.

Dies ist nicht das erste Mal, dass diese drei Organisationen das öffentliche Bewusstsein für schädliche Lebensmittelzusätze schärfen. Im Jahr 2019 schlossen sie sich zusammen, um die französische Regierung aufzufordern, das Hinzufügen von Nitriten in Lebensmitteln zu verbieten, da diese Substanzen mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht werden.

Die damalige Petition wurde von über 500.000 Personen unterschrieben und veranlasste viele Lebensmittelhersteller dazu, diese Nitrite aus ihren Produkten zu entfernen. Die französische Regierung legte im Anschluss an die Initiative sogar einen Plan zur Senkung des Nitritgehalts in Lebensmitteln vor. Dieser Artikel wurde mithilfe verschiedener redaktioneller Mittel, einschließlich des Einsatzes von KI, von der französischen Ausgabe von Medscape übersetzt. Der Inhalt wurde vor der Veröffentlichung von Menschenhand redaktionell überprüft und überarbeitet.

© 2025 WebMD, LLC

Dies zitieren: Stephanie Lavaud. Aspartam unter Beschuss: Interessenverbände fordern EU-Verbot - Univadis - 07.03.2025.